

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Jörg Kronauer

15.01.2020

Konfliktpotential «Eastmed»

Abkommen über Erdgaspipeline im östlichen Mittelmeer steht. Die Türkei will das Vorhaben hintertreiben



Alkis Konstantinidis/REUTERS

»Eastmed« absegnet: Nikos Anastasiades, Präsident Zyperns, Kyriakos Mitsotakis, griechischer Premier, und Israels Premierminister Benjamin Netanjahu am 2. Januar

Engpass in der Versorgung

Die zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr, die die »Eastmed«-Pipeline nach Südeuropa leiten soll, könnte die EU tatsächlich gut gebrauchen – denn die Produktion mehrerer Länder, aus denen sie bislang den Rohstoff bezieht, sinkt. Das ist vor allem in der EU selbst der Fall. Am stärksten fällt dabei ins Gewicht, dass die Niederlande – neben Großbritannien einer der beiden wichtigen EU-Gasproduzenten – komplett aus der

Förderung aussteigen wollen, weil oberhalb geleerter Lagerstätten bei Groningen inzwischen allzu häufig die Erde bebt. Auch die britische Förderung geht zurück. Insgesamt produzierten EU-Länder im Jahr 2018 insgesamt 8,1 Prozent weniger Erdgas als noch im Jahr zuvor. Die Erdgasabhängigkeit stieg damit laut Angaben der Kommission von 74,4 auf 77,9 Prozent. Bei 458 Milliarden Kubikmetern Erdgas, die die EU-Länder im Jahr 2018 verbrauchten, ist das eine ganze Menge, und das mit steigender Tendenz.

Komplett anzeigen

Sie könnte den nächsten größeren Konflikt an der Peripherie der EU anheizen: die »Eastmed«-Pipeline, auf deren Bau sich Israel, Zypern und Griechenland zu Jahresbeginn geeinigt haben. Die Leitung soll Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer nach Südeuropa bringen. Protest kommt von einem Staat, der ohnehin mit der Union in vielerlei Hinsicht über Kreuz liegt: von der Türkei. Ägypten hatte bereits in den 1990er Jahren die Förderung im Mittelmeer ausgeweitet und im Jahr 2005 zwei Flüssiggasterminals für den Export in Betrieb genommen. Stärkeres Aufsehen erregte dann die Entdeckung mehrerer riesiger Erdgasfelder in größerer Entfernung von den Küsten: die israelischen Felder Tamar, das 2009 nachgewiesen wurde, und Leviathan (2010) mit noch reicheren Reserven, aus dem seit Ende Dezember 2019 gefördert wird; Zyperns Erdgasfeld Aphrodite (2011) und, das größte unter ihnen, das ägyptische Feld Zohr (2015). Weitere große Lagerstätten sind inzwischen nachgewiesen oder werden noch erkundet.

Klar ist: Die drei Staaten, die große Erdgasvorräte im östlichen Mittelmeer besitzen, werden nur einen Teil davon im Inland verbrauchen. Ein weiterer Teil wird in Nachbarländer exportiert; Erdgas aus Israels Leviathan-Feld etwa ist für Jordanien und Ägypten vorgesehen. Zudem sind Lieferungen in weiter entfernte Regionen geplant – insbesondere in die EU, die den Bau der Pipeline denn auch unterstützt. In Betracht kommt dabei zum einen die Ausfuhr über Ägyptens Flüssiggasterminals, zum anderen aber der Bau einer Pipeline in Richtung auf den europäischen Kontinent. Am 2. Januar haben die Energieminister Israels, Zyperns und Griechenlands nach längeren Verhandlungen ein Abkommen zum Bau der »Eastmed«-Pipeline (»Eastern Mediterranean«) unterzeichnet. Sie soll aus israelischen und zyprischen Gewässern nach Kreta führen und von dort über die Peloponnes auf das griechische Festland geleitet werden. Von dort ist eine Fortsetzung nach Italien geplant.

Trotz des Abkommens steht dem Bau der Pipeline noch eine Reihe Hindernisse im Weg. Als größtes Problem könnte sich der Protest der Türkei erweisen. Deren Regierung ist dabei, das Land zur Erdgas-Drehscheibe auszubauen. Am 30. November wurde die »Transanatolische Pipeline« (»Trans-Anatolian Natural Gas Pipeline«, Tanap) in Betrieb genommen, die Erdgas aus Aserbaidschan in die Türkei transportiert. Von dort soll es in naher Zukunft über Nordgriechenland und Albanien nach Italien weitergeleitet werden können. Tanap hat ein Volumen von 16 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr und kann auf 31 Milliarden Kubikmeter ausgebaut werden. Am 8. Januar eröffneten zudem Präsident Recep Tayyip Erdogan und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin offiziell die Pipeline »Turkstream«.

Die türkische Regierung beschwert sich einerseits, dass das abgespaltene, ausschließlich von der Türkei anerkannte Nordzypern nicht an den Profiten aus der Erdgasförderung der Republik Zypern beteiligt werden soll. Andererseits erhebt sie ihrerseits Ansprüche auf einige potentielle Fördergebiete im Mittelmeer. Ein Kriegsschiff der türkischen Marine stoppte im Februar 2018 ein Bohrschiff des italienischen Konzerns ENI, das im Auftrag Zyperns potentielle Lagerstätten erkunden sollte. Der US-Konzern Exxon Mobil, dem Zypern ebenfalls Förderlizenzen erteilt hatte, nahm daraufhin im November 2018 bei seinen Explorationstätigkeiten den Schutz der US-Kriegsmarine in Anspruch. Daraufhin begann Ankara im vergangenen Jahr damit, eigene Erkundungen vor der Küste Zyperns vorzunehmen.

Das beschwor einen neuen Konflikt mit der EU herauf. Am 15. Juli vergangenen Jahres beschlossen die EU-Außenminister, wegen des neuen Erdgaskonflikts Fördergelder für die Türkei zu kürzen und die Gespräche über ein Luftverkehrsabkommen mit dem Land zu stoppen. Am 11. November legten sie nach und beschlossen erste konkrete Sanktionen gegen Personen und gegen Unternehmen, die in türkischem Auftrag vor der Küste Zyperns bohren oder dafür finanzielle, technische oder anderweitige Hilfe leisten. Im Dezember reichte die zypriotische Regierung eine Liste mit den Namen von sieben Bürgern der Türkei in Brüssel ein, gegen die die Sanktionen nun konkret in Kraft gesetzt werden sollen. Zu ihnen zählen führende Angestellte des staatlichen Mineralölkonzerns Türkiye Petrolleri (TPAO). Noch weiter verkompliziert wird die Lage durch ein Abkommen, das die Türkei Ende November mit Libyens »Einheitsregierung« in Tripolis geschlossen hat. Libyen erkennt darin die türkischen Territorialansprüche im Mittelmeer an. Dadurch

werden nicht nur die türkischen Bohraktivitäten legitimiert, sondern womöglich auch der »Eastmed«-Pipeline rechtliche Hindernisse in den Weg gelegt.

14.01.2020